Pressemitteilung

Würzburg, 13. Januar 2022

75 Jahre Bayerisches Verwaltungsgericht Würzburg

Am 15. Januar 1947, vor 75 Jahren, wurde das Verwaltungsgericht Würzburg eröffnet. Seitdem bietet es den Menschen tagtäglich die Möglichkeit, belastende Maßnahmen der Verwaltung gerichtlich überprüfen zu lassen. „Es sorgt damit nicht nur für Gerechtigkeit im Einzelfall, sondern sichert auch darüber hinaus die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung.“, so Gerichtspräsident Hubert Strobel, der dem Verwaltungsgericht Würzburg seit 1. Januar 2022 als dessen 11. Präsident vorsteht und der es als einen kleinen, aber wichtigen Baustein in unserem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat bezeichnet.

Zur Geschichte seines Hauses weiß Strobel Bewegtes und Bewegendes zu berichten: Ursprünglich mit nur einer Kammer von drei Berufsrichtern besetzt, war das Gericht behelfsmäßig im Dachgeschoss des Regierungsgebäudes in der Burkarderstraße untergebracht. Wie so oft in der unmittelbaren Nachkriegszeit habe der Gerichtsalltag in dieser Phase nur mit Hilfe praktischen Einfallsreichtums und zahlreicher findigen Notlösungen bestritten werden können.

Schon 1949 sei das Verwaltungsgericht um eine Kammer mit ebenfalls drei Berufsrichtern erweitert worden und zugleich in das nächste Provisorium – einem Geschäftsgebäude in der Sanderstraße – umgezogen. Über einen eigenen Sitzungssaal habe das Verwaltungsgericht damals noch nicht verfügt. Verhandelt worden sei quasi als „Gast“ im Sitzungssaal der Industrie- und Handelskammer.

Auch die 50’er seien, so Strobel weiter, von mehrfachen Umzügen und der Aufstockung um eine weitere Kammer geprägt gewesen: 1953 habe

Pressestelle	Dienstgebäude	Telefon	Telefax	E-Mail
Ri‘inVG Carolin Opel RiVG Philipp Hornung Frau Barbara Fuchs	Burkarderstraße 26 97082 Würzburg	0931/41995-555	0931/41995-299	presse@vg-w.bayern.de www.vg-w.bayern.de

das Gericht vorübergehend in der Zeppelinstraße und 1956 in der Stephanstraße eine Bleibe gefunden. Im dort neu errichteten Gerichtsgebäude sei es immerhin bis 1970 beheimatet gewesen sei. Da die Zahl der jährlichen Verfahrenseingänge sich bis Ende der 60‘er Jahre jedoch mehr als verdoppelt habe, seien in den 70’er Jahren drei weitere Kammern hinzugekommen. Das mittlerweile aus sechs Kammern bestehende Verwaltungsgericht habe in der Stephanstraße aber nur über einen einzigen Sitzungssaal verfügt. „Es wurde also höchste Zeit für einen weiteren Umzug“, fährt Strobel fort, dem auch aus heutiger Sicht Probleme wie Raumnot, Brandschutzvorgaben und knappe Sitzungssäle nicht unbekannt sind.

1980 habe man mit den Planungen für ein neues Gerichtsgebäude in der Burkarderstraße 26, dem jetzigen Standort des Gerichts, begonnen. Nach Strobels Ausführungen sei dies ein nicht ganz einfaches Unterfangen gewesen: Man habe das kulturgeschichtlich einzigartige Petrini-Portal und die historischen Fensterfragmente auf dem staatseigenen Ruinen-Grundstück bautechnisch und architektonisch in den Funktionsbau eines Gerichtsgebäudes integrieren müssen. Immerhin fünf Jahre später, 1985, konnte der Grundstein für das heutige Gerichtsgebäude gelegt werden, bei dessen Aushub frühgeschichtliche Funde freigelegt worden seien, die – arbeits- und zeitintensiv – gesichert, dokumentiert und archiviert worden seien. Am 5. Januar 1989 habe endlich die erste Gerichtsverhandlung im neuen Gerichtsgebäude stattfinden können, das mit drei Sitzungssälen ausreichend Platz für die mittlerweile 19 Berufsrichter geboten habe.

Als 1992 die Zuständigkeit für Asylverfahren den Verwaltungsgerichten am Zuweisungsort der jeweiligen Asylbewerber übertragen worden sei, sei mit dem neuen, umfangreichen Aufgabengebiet ein erhöhter Personalbedarf des Gerichts einhergegangen. Das Verwaltungsgericht sei deshalb binnen zwei Jahren auf elf Kammern angewachsen. Es sei, so formuliert es Strobel plastisch, aus allen Nähten geplatzt und habe von

1994 bis 1997 sogar temporär eine Nebenstelle in der Mergentheimer Straße anmieten müssen.

Aktuell besteht – laut Strobel – das Verwaltungsgericht aus neun Kammern mit 30 Berufsrichtern. Dass man all die Jahre die Arbeit durchgängig zuverlässig und auf hohem juristischen Niveau bewältig habe, sei beileibe nicht nur den Richtern zu verdanken, ist Strobel wichtig. Er betont: „Es kommt auf eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Gerichtsmitarbeiter von der Pforte über das Schreibbüro bis zu den Geschäftsstellen und natürlich den Richtern an. Nur gemeinsam können wir die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft bewältigen.“ Alle seien gefordert, wenn es darum gehe, die Umstellung auf den elektronischen Rechtsverkehr und die damit einhergehende Veränderung von Arbeitsabläufen zu meistern. Die Digitalisierung der Arbeitswelt habe bereits Einzug in der Ausstattung der Sitzungssäle und Büroräume des Verwaltungsgerichts gefunden. Allein in den letzten Jahren seien 1,8 Millionen EURO in die digitale Infrastruktur des Verwaltungsgerichts geflossen, rechnet Strobel vor. Die damit verbundenen Möglichkeiten würden – gerade in den aktuellen Pandemiezeiten – für die Mitarbeiter des Verwaltungsgerichts, aber auch für die Verfahrensbeteiligten eine enorme Erleichterung darstellen. So ist Strobel auch für die Zukunft zuversichtlich, dass das Verwaltungsgericht Würzburg auch in den kommenden 75 Jahren seiner Rolle in unserem Rechtstaat voll und ganz gerecht wird.